

Grüne Autohasser fordern nach Verkehrsunfall sogar das Verbot von SUVs

Die Instrumentalisierung der Unfallopfer durch die GRÜNEN ist unanständig und pietätlos!

Die von den GRÜNEN nach dem tödlichen Unfall in Berlin gestellte Forderung, für SUVs (Sport Utility Vehicle) eine Größenbegrenzung einzuführen, wird von den verkehrspolitischen Sprechern der AfD-Fraktionen als eine peinliche Instrumentalisierung gebrandmarkt.

„Autohasser instrumentalisieren den tragischen für politische Zwecke. Das geht gar nicht“, verlautet aus Reihen der **Berliner AfD-Fraktion** im Abgeordnetenhaus.

Deutlicher wird der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen Anhalt, **Matthias Büttner**: „Die politische Instrumentalisierung der Unfallopfer zur Anheizung der Klimadebatte ist unanständig und pietätlos. Zunächst muss überhaupt geklärt werden, wie es zu diesem Unfall kam, bevor konkrete Schlussfolgerungen erwogen werden können. Die Vorwürfe, solche Fahrzeugmodelle gehörten nicht in die Städte, sind haltlos und entbehren jeglicher Grundlage. Das Unfallfahrzeug besitzt eine Zulassung für den Straßenverkehr und ist somit ein ganz normaler Verkehrsteilnehmer. Es gilt vielmehr zu prüfen, ob sich die Forderungen der Deutschen Umwelthilfe* (nach einem Verkaufsstopp für SUV) überhaupt noch im Rahmen eines freiheitlichen Denkens bewegen und unserer Verfassung entsprechen. Wir stehen für eine autofreundliche Haltung, die eine Stärkung der Autoindustrie als einer der wichtigsten Wirtschaftszweige unseres Landes zum Ziel hat. Ideologische Verbotsdiskussionen, die aufgrund einer linksgrünen Klimahysterie gegen das Auto gerichtet sind, lehnt

die AfD kategorisch ab“, sagt Büttner.

Nach dem tödlichen Verkehrsunfall am 6. September 2019 in Berlin unter Beteiligung eines SUVs (Sport Utility Vehicles) hatte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Bundestag, Oliver Krischer, eine „Obergrenze“ für die Sportgeländewagen in den deutschen Innenstädten gefordert und eine bundesrechtliche Regelung für eine Größenbegrenzung vorgeschlagen.